

# Dreimal Bildungsstreik und was jetzt?

Dreimal haben wir in den letzten eineinhalb Jahren bundesweite Bildungsstreiks auf die Beine gestellt: Hunderttausende waren auf der Straße, viele von ihnen zum ersten mal überhaupt, über 80 Hörsäle wurden besetzt und hunderte junger AktivistInnen haben wertvolle Erfahrungen gesammelt. Nachdem auch im vergangenen Juni wieder knapp 100.000 Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende für ein besseres Bildungssystem protestiert haben, stehen wir nun vor der Frage, ob und wie es mit dem Bildungsstreik weitergehen wird. Dieses Papier soll ein Anstoß und Input für diese Debatte sein, deshalb freuen wir uns über Rückmeldungen, Kritik und Meinungen, bitte schickt sie an [paula@email.de](mailto:paula@email.de)

*vom Bundesvorstand von die Linke.SDS und Paula Rauch*

## Was haben wir erreicht?

Der Bildungsstreik war ein voller Erfolg. Ersten hat er politisiert: hunderttausende junge Leute waren in den Straßen, ein Großteil von ihnen hat damit ihre ersten politischen Erfahrungen gemacht. Vor allem im Juni 2009 war in Berlin die Erfahrung, dass die Bildungsstreikdemo am 17. Juni für viele ihre erste Demonstration überhaupt war. Bei der Besetzungswelle im vergangenen Herbst waren an vielen Hochschulen vor allem die Erst- und Zweitsemester aktiv und haben tage-, manchmal wochenlang in den besetzten Hörsälen gelebt, jeden Tag Diskussion um die bestehenden Missstände, Forderungen, Gott und die Welt geführt.

Es hat sich damit eine neue Schicht von mehr oder weniger bewusst linken Jugendlichen/ jungen Erwachsenen herausgebildet. Auf der einen Seite die "reinen Demogänger", die sich oft zum ersten Mal überhaupt mit Politik beschäftigt haben, und sei es unterbewusst und auf einem relativ niedrigen Niveau, auf der anderen Seite aber vor allem neue AktivistInnen, die bei den Besetzungen und in den Bildungsstreikbündnissen aktiv geworden sind, wertvolle Erfahrungen gesammelt haben, aber vor allem auch oft angefangen haben, sich über die Bildungspolitik hinaus Gedanken zu machen. Denn von der Ökonomisierung der Bildung kommt man sehr schnell zur Frage über die Rolle der Bildung in unserer Gesellschaft, zu kapitalistischer Verwertungslogik und letztenendes auch zur Erkenntnis, dass eine andere Gesellschaft, in der es um die Bedürfnisse der Menschen geht und nicht um die Profite der Wirtschaft möglich und nötig ist. Der Bildungsstreik hat aber nicht nur die TeilnehmerInnen politisiert, er hat auch in der breiten Öffentlichkeit: in den Medien, am Wohnzimmertisch und letzten Endes auch in der Politik, eine Diskussion um die Probleme im Bildungssystem angestoßen. Ohne den Bildungsstreik würden beispielsweise der Bolognaprozess und seine Umsetzung als alternativlos oder gelungen gelten.

Die Bildungspolitik ist durch den Bildungsstreik und die damit verbundene mediale Aufmerksamkeit wieder zu einem wichtigen Thema in der Politik geworden: im Vorfeld der NRW-Landtagswahlen im Mai 2010 war die Bildungspolitik Wahlkampfthema,

nicht zuletzt weil auch von uns Studiengebühren und das mehrgliedrige Schulsystem immer wieder, und auch in dieser politisierten Zeit, auf den Tisch gebracht wurden.

Vor einem Jahr im Juni versuchte uns Bildungsministerin Schavan noch mit platten Phrasen zu diskreditieren. Der öffentliche Druck, der auch durch das Verständnis und die Solidarität unseren Protesten gegenüber in der Breite der Gesellschaft entstand, zwang sie aber dazu, ihre Äußerungen nicht nur zurück zu nehmen sondern uns später noch (wenn auch kosmetische) Zugeständnisse zu machen. Die BaFög-Erhöhung, wenn auch keine wirkliche Verbesserung weil kaum mehr als ein Angleichen an die Inflation, steht jetzt zwar auf der Kippe, wurde aber, ebenso wie die Erhöhung des Büchergeldes für StipendiatInnen, eindeutig als Versuch uns zu beschwichtigen eingebracht.

Das zeigt, dass der Bildungsstreik bei den Verantwortlichen in der Politik offenbar als ernsthafte Bedrohung wahrgenommen wurde, sonst hätten sie sich in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrise ganz sicher nicht dazu durchringen können. Dass im gerade veröffentlichten größten Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik der Bildungsetat der einzige ist, an dem nicht gekürzt werden soll, hängt sicher auch nicht nur an der Freundschaft zwischen Merkel und Schavan sondern ist vielmehr ein Zeichen von Angst vor massiven Protesten gegen die geplanten Kürzungen - die man uns offenbar zutraut. Die Erfahrung, dass durch Druck von der Straße etwas bewegt werden kann ist für viele, gerade die neuen AktivistInnen, wichtig. Obwohl also keine unserer Kernforderungen, und nichtmal weniger radikale Forderungen wie die Abschaffung der Anwesenheitslisten, durchgesetzt wurden, hat der Bildungsstreik viele weniger offensichtliche Erfolge mit sich gebracht. Sich das hin- und wieder auf den Schirm zu rufen ist für viele AktivistInnen wahrscheinlich ziemlich hilfreich.

## Bewegung im Niedergang?

Der 9. Juni war nach dem 17. Juni und dem 17. November 2009 der dritte bundesweite Aktions- bzw. Demotag im Rahmen des Bildungstreiks. Mal abgesehen von den Hörsaal-Besetzungen, die es um den Aktionstag herum gegeben hat, haben sich diese drei "Events" nur wenig von einander unterschieden: Es gab jedes mal eine Aktionszeit (im Sommer jeweils eine Woche, im Herbst durch die spontanen Besetzungen bedingt länger) die ihren Höhepunkt jeweils am Mittwoch mit Demonstrationen in der ganzen Bundesrepublik hatte. Bis auf die Besetzungen im Herbst, war die Vorbereitung Monate lang, bundesweit und geplant.

Es handelte sich also nicht um spontane Abwehrkämpfe sondern langfristig geplante Aktionen ohne konkreten Anlass. Dies ermöglichte das Heranwachsen einer neuen Generation von AktivistInnen, eine Bildungspolitische Breite (es ging um das Bildungssystem als Ganzes, mit all seinen Missständen und nicht nur um ein konkretes Thema, zB. Studiengebühren) und zuletzt auch eher träge Strukturen wie die Gewerkschaftsjugend und darüber Auszubildende in die Bündnisse mit einzubeziehen.

Die erstmalige Beteiligung von Azubis war aber auch die einzige qualitative Entwicklung die es diesen Sommer gegeben hat. Für viele war der 9. Juni deshalb nur eine Wiederholung der vergangenen Bildungstreiks. Dass aber nicht mehr so ein Drive wie in bei den vorhergegangenen Streiks geben konnte war schon seit dem 17. Mai klar: Es gab weder die Neuheit des Sommers 2009 noch eine spontan losbrechende Besetzungswelle wie im Herbst, entstanden aus der Unibrennt-Bewegung in Österreich. So waren nicht nur bei vielen AktivistInnen, die im dritten Semester den dritten (mehr oder weniger) gleichen Aktionstag organisierten und dementsprechend weniger motiviert waren, als auch bei den weniger aktiven, sich aber an den Demos beteiligenden, Bildungstreikenden kaum Feuer. In Berlin waren Reaktionen auf die Ankündigung des Bildungstreiks am 9. Juni nicht selten: "Schon wieder?!"

Des Weiteren ist die Planung und Organisation des Juni auf bundesweiter Ebene, aber auch in vielen lokalen Bündnissen an weit weniger AktivistInnen hängen geblieben. Gerade auf studentischer Seite haben sich nach einem kompletten Streiksemester viele erstmal für ihr Studium aus den Bündnissen und Streikgruppen zurückgezogen. So haben sich bei der Vorbereitung des Junis im bundesweiten Bündnis noch um die zehn Leute eingebracht. Die hohe Arbeitsbelastung, die durch diesen akuten Mangel noch gestiegen ist, wird sicher auch wieder den einen oder anderen von den übrig-gebliebenen zum kompletten Aufhören bewegen.

## Vorsicht vor Routine - keine Ritualisierung des Bildungstreiks!

Gerade deshalb wäre es ein Fehler jetzt einfach im gleichen Rhythmus weiter zu machen. Die ersten Vorschläge für eine Aktionswoche im Herbst sind schon gemacht worden. Wenn nicht noch zufällig kurz vor dieser Aktionswoche ein großes Sparpaket an der Bildung veröffentlicht werden würde, wird dieser Aktionstag zwangsläufig schwächer werden. Weniger AktivistInnen würden ihn vorbereiten, die Verbliebenen weiter überlastet, was wieder zu mehr Rückzügen führen würde, genauso wie die Enttäuschung über kleinere Aktionstage usw. Der Bildungstreik als jedes Semester stattfindender Latsch-Demo-Aktionstag darf nicht ritualisiert werden, dadurch würde sich die Bewegung endgültig todlaufen.

## Verlagerung auf regionale/ lokale Abwehrkämpfe statt bundesweit geplanten Aktionstagen

Der Bildungstreik ist aber nicht zwangsläufig "tot". Denn obwohl das Sparpaket der Schwarzgeld-Regierung den Bildungsetat als einzigen nicht angreift, stehen uns massive Kürzungen auf kommunaler und Länderebene bevor. Beispiele dafür sind die 75 Millionen Euro, die in Hessen an Kitas, Schulen und Hochschulen gekürzt werden sollen oder die geplante Schließung einer gesamten Fakultät an der Uni Lübeck. Diese Angriffe werden wahrscheinlich, oder besser hoffentlich Proteste und Abwehrkämpfe hervorrufen. So sind am 16. Juni bereits 10.000 Lübecker Studierende in Kiel auf die Straße gegangen. Wir stehen also vor einer Verlagerung der Proteste: weg von den langfristig und bundesweit geplanten Aktions- und Demotagen, hin zu konkreten und eher spontanen Abwehrkämpfen. Das wird den Charakter des Bildungstreiks gehörig verändern.



Gemeinsame Proteste von SchülerInnen, Studierenden und Azubis werden durch eine solche Entwicklung eher unwahrscheinlicher, Aktionen werden viel spontaner laufen, es wird eine Zuspitzung auf bestimmte (Kampf-)Forderungen geben. Wenn zum Beispiel in einer Stadt die Uni geschlossen werden soll, sind die Azubis davon eher wenig betroffen, Demonstrationen oder Streiks werden nicht 4 Monate, sondern eher 4 Tage lang vorbereitet und es wird in erster Linie darum gehen, die Schließung der Uni zu verhindern, während die Forderung nach der Einführung verfasster Studierendenschaften mit politischem Mandat in allen Bundesländern. Gleichzeitig ermöglichen solche Proteste aber auch eine größere Beteiligung - sie haben oft eine größere Mobilisierungskraft, weil sie weniger abstrakt sind und man direkt betroffen ist und sich vor allem auch so fühlt.

## **Die bundesweite Klammer beibehalten**

Bei einer solchen Verlagerung, ist natürlich schwer vorzusehen, wann wo was passieren wird. Im Angesicht einer so nie dagewesenen finanziellen, wirtschaftlichen und nach und nach auch politischen Krise, sind die Rechnungen für die Rettungspakete der Banken und der Konzerne in Griechenland noch lange nicht gezahlt. Das angekündigte Sparpaket ist nicht ausreichend und wird in den nächsten Monaten voraussichtlich durch die Einführung der Kopfpauschale im Gesundheitssystem und weitere Kürzungen auf kommunaler und Länderebene ergänzt werden. Die Proteste gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung werden sich nach ihrem Auftakt am 12. Juni deshalb auf jeden Fall im Herbst fortsetzen. In Umfragen sinkt die FDP unter fünf Prozent, Merkel steckt in der tiefsten Krise ihrer Regierungszeit, in Griechenland und Südeuropa gibt es Aufstände und Generalstreiks. Wenn die Freude über Lena's Sieg beim Eurovision Song Contest erstmal abgeklungen ist und Deutschland nicht Fußball-Weltmeister werden, kann auch hier eine explosive Stimmung entstehen, in der sich lokale Kämpfe schnell zu Flächenbränden entwickeln und ausweiten können.

Auch wenn wir zur Zeit noch weit weg von einer solchen Situation scheinen, hat doch die Besetzungswelle an den Hochschulen im letzten Herbst die Spontaneität der Bewegung aufgezeigt: wer hatte schon zwei Wochen vor dem Aktionstag am 17. November damit gerechnet, dass großartig etwas gehen würde? Innerhalb weniger Tage kippte dann die Stimmung, es gab vereinzelte Solidaritätsaktionen für die Österreichischen BesetzerInnen und auf einmal wurden auch in der Bundesrepublik über 80 Hörsäle besetzt. Das war kaum vorzusehen.

Um im Falle einer solchen Entwicklung schnell reagieren zu können, sollten wir meiner Meinung nach unsere bundesweiten Strukturen nicht

komplett beerdigen. Im Gegenteil: gerade wenn sich die Auseinandersetzungen verschärfen ist es umso wichtiger, ein gut funktionierendes Pressteam, eine AG Repression und eventuell sogar eine Material-AG auch auf bundesweiter Ebene zu haben. Diese Arbeitsgruppen, die kontinuierlich arbeiten sollten, können auch eine gute Unterstützung und Ansprechpartner für neue Gruppen und AktivistInnen sein, sie in den entsprechenden Arbeitsfeldern unterstützen und die gesammelten Erfahrungen weitergeben.

Ebenfalls auf bundesweiter Ebene laufen könnte ein Kontakt zum "Wir zahlen nicht für eure Krise"-Bündnis, das ja ebenfalls bundesweit organisiert ist und nach der Sommerpause, sobald das Sparpaket durch den Bundestag muss (voraussichtlich September), erneut Massenproteste organisieren, an denen wir uns beteiligen sollten. Die Frage ist da eher, inwiefern das auf lokaler Ebene, mit den lokalen Gruppen des Krisen-Bündnisses, passieren soll, oder auf bundesweiter Ebene. Von manchen wird auch eine Auflösung des Bildungstreiks in den Krisenprotesten als Option gehandelt, allerdings würde das die zum Teil sehr unterschiedlichen Zielgruppen, Themenschwerpunkte und Forderungen der beiden Bündnisse ignorieren, die unterschiedlichen Arbeitsstile und dass es sich bei dem Krisenbündnis nicht um ein Personenbündnis handelt wie dies beim Bildungstreik der Fall ist. Selbstverständlich ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Bildungstreik und Krisenbündnis nötig, allerdings eher in Form von Terminabstimmungen, gegenseitiger Mobilisierung usw.

## **Inhalt jetzt! Endlich einen inhaltlichen Diskussionsprozess starten**

In den letzten eineinhalb Jahren sind wir von Aktion zu Aktion, Demo zu Besetzung zu Demo gehetzt, ohne zwischendurch ausreichend Zeit für eine kritische Reflexion dessen, was wir tun, zu haben und vor allem ohne dass wir uns mit den Inhalten unserer Proteste weiter beschäftigen konnten. Der Forderungskatalog, der auf bundesweiter Ebene vor eineinhalb Jahren erarbeitet wurde, ist seitdem nicht mehr diskutiert worden, teils aus Angst vor einer Entartung der Diskussion, teils auch einfach, weil es immer einen nächsten Aktionstag, Gipfel oÄ. vorzubereiten gab.

Gerade wenn uns die Perspektive zugespitzter und spontanerer Kämpfe bevorsteht, ist es doch unverzichtbar, diese auch mit konkreten, ebenso zugespitzten, und vor allem straßentauglichen Forderungen zu unterfüttern. Wenn für eine ziemlich abstrakte Forderung wie "selbstbestimmtes Leben und Lernen statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck" schon 270.000 Menschen auf die Straße gehen, wie viele dürften es dann werden, wenn es viel konkreter heißt: "Abschaffung des mehrgliedrigen

Schulsystems, sofortige Rücknahme des Turboabiturs und sofortige Abschaffung aller Noten - für selbstbestimmtes..."? Von solchen Forderungen fühlt sich jedeR (in diesem Fall) SchülerIn betroffen. Wenn es auch noch eine realistische Perspektive gibt, diese Forderungen tatsächlich durchzusetzen, wofür schonmal eine Voraussetzung ist, dass sie konkret formuliert sind: zum Beispiel "Bundesweit 100.000 LehrerInnen mehr, für eine Klassengröße von max. 15-20 SchülerInnen" statt "Mehr LehrerInnen, kleinere Klassen". Gerade wenn es darum geht, wirklich etwas durchzusetzen, und nicht das Bildungssystem als großes-ganzes zu kritisieren wie bisher, ist es aber auch notwendig, sich auf einige wenige Kernforderungen zu konzentrieren. Unsere Wunsch-Schule/-Uni werden wir im Kapitalismus als ganzes sicher nicht durchsetzen.

Es wäre beispielsweise möglich, sich die nächsten sechs Monate Zeit für eine solche Diskussion zu nehmen. Auf dem bundesweiten Treffen vom 6. bis 8. August in Berlin könnten die Rahmenbedingungen geklärt werden. Denkbar wäre eine Einteilung der Diskussion in verschiedene Themenblöcke: [soziale] Selektion (vertikale Mobilität, Zulassungsbeschränkungen, Studien- und andere Gebühren, mehrgliedriges Schulsystem, frühkindliche Erziehung, usw.), Qualität (Lehr- und Lernbedingungen, mehr Lehrpersonal, starre Lehrpläne usw.), Demokratisierung (in allen Bildungseinrichtungen) Finanzierung (der Forderungen, aber auch des Bildungssystems an sich) und Andere. Um die Diskussionen attraktiver zu gestalten, lohnt es sich auch mal externe ReferentInnen einzuladen, zum Beispiel JAVlerInnen wenn es um Azubis geht oder Experten der GEW bei Fragen zur Finanzierung. Damit sich keine Checker/ Klüngel/ Freundeskreis-Gruppen herausbilden, heißt es auf jeden Fall, auch diese Treffen weiter zu bewerben, mit Flyern, in Vorlesungen, bei Freunden, auf Webseiten usw. Hin und wieder eine gute Abwechslung, die oft auch ermöglicht, neue Leute kennen zu lernen, ist es kleinere (themengebundene) Aktionen zu machen, z.B. Studienpunkte-Jagd durch die Hörsäle, Exmatrikulator, Flash-Mobs usw.

## **Sparpaket und Krisenproteste im Herbst 2010**

Auch wenn die Bildungstreik-Bewegung vielleicht in der bisherigen Form im Abschwung ist, werden andere soziale Bewegungen kommen. Eine wichtige wird in den nächsten Monaten hoffentlich gegen die Sparpläne der Schwarz-Geld-Regierung entstehen, denn es darum, das größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik zurück zu schlagen. Dabei spielt das Krisenbündnis, das schon die Demonstrationen am 28. März 2009 und am 12. Juni organisiert hat und mit dem es ja bereits enge Kontakte zu Bildungstreikbündnissen

gibt, eine wichtige Rolle.

Dieses Bündnis plant eine bundesweite Großdemonstration für den Herbst. Andere Akteure sind die Georg-Büchner-Aktionsgruppe, die eine Aktion des zivilen Ungehorsams, voraussichtlich die Blockade der Deutschen Bank in Frankfurt, plant, sowie DGB und Linkspartei, die auf Aktionswochen von Ende Oktober bis zu einem bundesweiten dezentralen Demotag am 13. November gehen. Auch wenn die Bildung in dem direkten Sparpaket der Regierung erstmal nicht vorgesehen ist (vermutlich auch einer unserer Erfolge, aber auch weil der Bund sowieso schon erschreckend wenig für Schulen, Hochschulen und Kitas ausgibt), werden andere Teile der Bevölkerung, vor allem Erwerbslose, indirekt damit aber auch die arbeitende Bevölkerung, angegriffen. Es gilt der von den Herrschenden provozierten Spaltung entgegen zu wirken und breite Proteste auf die Beine zu stellen, wozu Bildungstreik-AktivistInnen sicher auch einen Beitrag zu leisten können, indem sie sich direkt an den Vorbereitungen der Proteste beteiligen oder sie aber über die Bildungstreikbündnisse unterstützen.

## **Fokus 2011 - 2012**

2011 werden in Bayern und Niedersachsen, 2012 in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen und 2013 schließlich in Hessen und NRW die doppelten Abiturjahrgänge von der Schule kommen. Weil quasi gar keine Auffangmaßnahmen seitens der Politik gegriffen werden und Missstände wie Ausbildungs- und Studienplatzmangel bzw. Überfüllung jetzt schon gravierend genug sind und sich noch weiter verschärfen werden, sind neue Proteste wahrscheinlich. Außerdem haben im Herbst bei den Hörsaal-Besetzungen gerade die Erst- und Zweitsemester eine wichtige Rolle gespielt, von denen es ja dann umso mehr geben wird und die auch schon die Erfahrung von mehreren Schulstreiks mit an die Uni oder die Ausbildung bringen. Das sollten wir nicht nur im Hinterkopf behalten, sondern schon jetzt anfangen uns darauf vorzubereiten, mit einer Neuauflage und Verbesserung unseres Forderungskatalogs, dem Einbinden neuer Leute usw.

